

# Surplus

## Das Wirtschaftsmagazin

Armut

Theorie &amp; Wissenschaft

Deutschland

Gastbeitrag

## 2 Millionen Menschen: Per Definition arm – in der Statistik unsichtbar

Wer bestimmt, wer arm ist? Das Statistische Bundesamt hat seine Berechnungsgrundlage geändert – und plötzlich gelten 2 Millionen Menschen nicht mehr als arm.

**Ulrich Schneider**

17. Mai 2026, 7:00 – 5 Minuten Lesedauer

Sprache macht Politik. Wer Themen- und Meinungsführerschaft übernehmen will, muss Begriffe besetzen. Die Union hat es in ihren letzten Kampagnen schulbuchmäßig vorgeführt: »Totalverweigerer« war ein solches Schlüsselwort, aber auch »Lifestyle-Teilzeit«, der Merz'sche »Sozialtourismus« oder die schon ältere »Anti-Abschiebe-Industrie« eines Alexander Dobrindt. Wenn sich das gegnerische Lager so richtig empört zeigt, ist das für die Union umso besser: Der gewünschte Platzierungseffekt verstärkt sich noch mehr. Ohne das strategische Setzen von Begriffen läuft in der politischen Kommunikation gar nichts. Die Medien wollen diese Ein-Wort-Botschaften. Und die politischen Akteure brauchen die Medien.

Eine ähnliche Funktion erfüllen Zahlen. Zahlen und Statistiken suggerieren Gewissheit, Faktennähe und Objektivität. Für die gelungene politische Kommunikation sind Kennzahlen ungemein hilfreich. Sie werden von den Medien genauso begierig aufgenommen wie die zugespitzte Formulierung. Die gesamte Botschaft

kann in einer einzigen Zahl verpackt werden, idealerweise in einer Rekordzahl. Ob Rekordausgaben für das Soziale, Rekordsteueraufkommen des Bundes oder Rekordverschuldung der Kommunen: Superlative funktionieren zuverlässig, auch wenn sie zu Nominalbeträgen ohne Berücksichtigung von Inflation und anderen Rahmendaten zumeist eher irreführend als aufklärend sind.

## **Quoten, die für Aufsehen sorgen**

Neben Sprache machen auch Zahlen Politik: Man kreiert sie selbst, gibt Studien in Auftrag oder springt auf, wenn andere sie vorlegen. Das gilt auch, wenn es um die Armut im Lande geht. Armutsquoten, der prozentuale Anteil armer Menschen an der Bevölkerung, sind mediale Selbstläufer. Und so nutzen insbesondere Sozialverbände regelmäßig die Veröffentlichungen der Quoten durch das Statistische Bundesamt, um auf soziale Misstände aufmerksam zu machen und ihre einschlägigen politischen Forderungen in den Medien zu platzieren.

Meistbeachtet und meistgenutzt waren bisher die Quoten, die das Statistische Bundesamt auf der Grundlage des sogenannten Mikrozensus errechnete, einer jährlichen Befragung von rund 800.000 Personen in rund 400.000 Haushalten, also 1 Prozent der Bevölkerung.

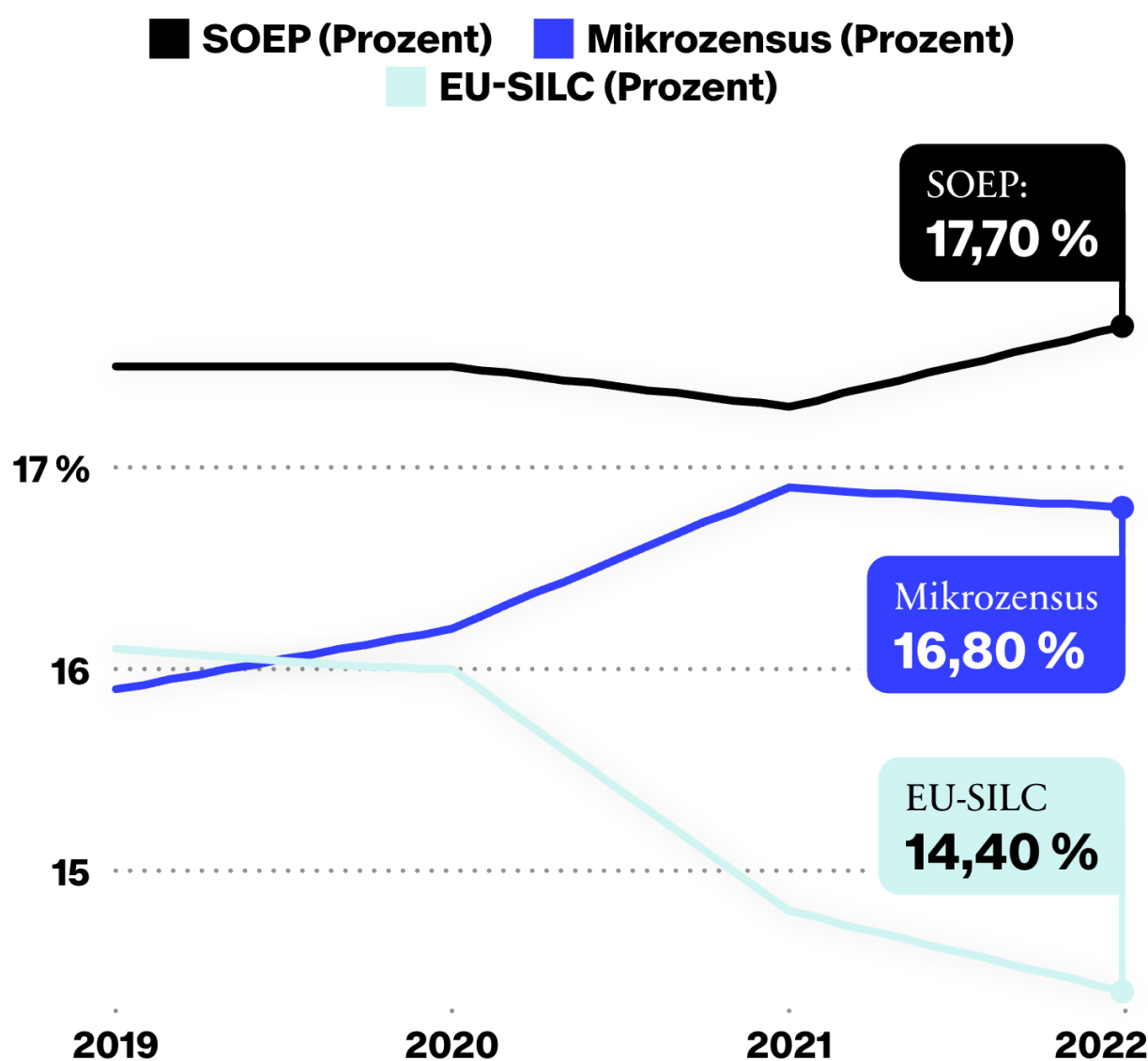
Über 14 Millionen Einkommensarme, eine Armutsquote von 16,6 Prozent, bei Minderjährigen sogar von 20,7 und bei Alleinerziehenden von 41 Prozent – das waren Zahlen, die im Frühjahr 2024, alarmierten. Es waren die sogenannten Erstergebnisse des Mikrozensus für 2023. Üblicherweise hätten einige Monate später die Endergebnisse kommen müssen, in die dann auch die Fragebögen der letzten Nachzügler eingegangen wären. Doch darauf wartete die interessierte Fachöffentlichkeit dieses Mal vergeblich. Stattdessen ließ das Amt über seine Homepage verlauten, dass die bundesweiten Armutsquoten des Mikrozensus ab sofort nicht mehr zur Verfügung gestellt würden. Selbst was bereits im Netz war, wurde rückwirkend bis 2020 wieder gelöscht.

Man werde künftig nur noch bundesweite Armutsquoten veröffentlichen, die auf Basis einer anderen Stichprobe, der »European Union Statistics on Income and Living Conditions«, kurz EU-SILC, berechnet worden sind. Dabei handelt es sich

um eine Statistik, die seit 2005 in der gesamten EU angewandt wird und in erster Linie für europaweite Vergleiche geschaffen wurde. EU-SILC sei nun die »amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen«, wie die Behörde verlautbarte .

## Gute Quoten, schlechte Quoten

### Armutsgefährdungsquoten nach unterschiedlichen Datenquellen 2019 bis 2022



Quelle: Ulrich Schneider: »Mikrozensus: Von verschwundenen Daten und verschwundenen Armen« In: Soziale Sicherheit 4/2026 S. 24 ff. Basierend auf Dorothee Spannagel: Mehr

Begründet wurde und wird dies mit allerlei statistisch-methodischen Hinweisen, die jedoch, in der Natur der Sache liegend, durchaus diskussionswürdig sind. Hauptargument der Wiesbadener ist, dass EU-SILC das Einkommen der befragten Haushalte präziser erfassen würde als der Mikrozensus. Es wird nach dem Vorjahreseinkommen des Haushalts gefragt und nach allen denkbaren Einkommensbestandteilen. Beim Mikrozensus wird dagegen pauschal nach dem letzten Monateinkommen des Haushalts zum Zeitpunkt der Erhebung gefragt. Salopp formuliert würden dabei, so die Kritik, gerade ärmere Haushalte mit Kindern wahrscheinlich häufiger mal Einkommensbestandteile wie das Kindergeld vergessen. Verschiedene Armutsforscher und Armutsforscherinnen halten dagegen, dass gerade ärmere Haushalte durchaus Überblick über ihre bescheidenen Einkommen hätten. Auch sei ein aktuelles Monateinkommen etwas durchaus anderes als ein Vorjahreseinkommen. Für die Armutsforschung sei in der Regel das zeitnähere Monateinkommen eines Haushalts relevant, da es ja ganz konkret um die Frage gehe, wie viele Menschen aktuell unterhalb der Armutsgrenze leben. Es geht um konkrete Armut und – salopp formuliert – nicht um ein jahresdurchschnittliches Einkommen aus vergangenen Zeiten.

All das ließe sich als wissenschaftliche Feingeisterei abtun, wären die Differenzen zwischen EU-SILC und den mittlerweile nicht mehr veröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus nicht so gravierend. Wies der Mikrozensus für 2022, das Jahr, zu dem das Amt seine Endergebnisse letztmalig veröffentlichte, eine Armutsquote von 16,8 Prozent aus, waren es nach EU-SILC »lediglich« 14,4 Prozent, statt 13,9 Millionen Arme »nur« 11,9 Millionen. Nicht jedes fünfte, sondern gerade noch jedes siebte Kind war demnach in diesem Jahr von Armut betroffen, und die Armutsquote der Alleinerziehenden schrumpfte gleich von 43,2 auf 23,7 Prozent.

## **Andere Behörden machen es anders**

Hinzu kommt, dass eine dritte Datenquelle, das Sozioökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), für die vergangenen Jahre

ebenfalls deutlich höhere Quoten generierte als die Wiesbadener mit EU-SILC.

Kein Wunder also, dass das Vorgehen des Statistischen Bundesamtes in der Fachöffentlichkeit heftigen Protest hervorrief, der auch durch einen Austausch nicht ausgeräumt werden konnte. Die Argumente der Behördenstatistikerinnen und -statistiker sind alles andere als zwingend. Und so errechnet das Statistische Landesamt NRW – auch für alle anderen Landesämter – die Länderquoten weiterhin auf Basis des Mikrozensus. Zwar geht man auch dort davon aus, »dass im Mikrozensus das Niveau der Einkommen unterschätzt wird«, wie es auf der Homepage von NRW heißt, doch stelle dies »für Analysen zur Einkommensverteilung ... kein grundsätzliches Problem dar«. Es geht also.

Entscheidender für das Gebaren des Bundesamtes dürfte daher möglicherweise ein anderes Motiv sein, als die ins Feld geführten fachlichen Bedenken. So teilt es auf seiner Homepage in bemerkenswerter Offenheit mit: »Das Vorgehen dient dazu, die Veröffentlichung mitunter unterschiedlicher Ergebnisse zu ein und demselben vermeintlichen Sachverhalt zu vermeiden.« Für die breite Öffentlichkeit sei die Festlegung auf eine bundesweite Armutsgefährdungsquote wichtig, heißt es auch in einem Schreiben an die aufgebrachten Armutsforschenden. Man trage Sorge für ein »konsistentes statistisches Gesamtbild«. Dies jedoch ist nichts anderes als eine kommunikationspolitische Setzung.

## **Einschnitt in den Diskurs**

Warum es nach vielen Jahren des unproblematischen Nebeneinanders von EU-SILC und Mikrozensus-Armutsquoten nun »wichtig« sein soll, der interessierten Öffentlichkeit nur noch ein einziges Rechenergebnis vorzulegen, erschließt sich nicht. Vielmehr setzt sich das Amt dem Vorwurf aus, der Öffentlichkeit durch das Zurückhalten von Forschungsergebnissen eine statistische Eindeutigkeit vorgaukeln zu wollen, die tatsächlich nicht gegeben ist. Statt die fachlichen Gegenargumente und die Forderung aus der Wissenschaft nach Transparenz zu würdigen und weiterhin alle rechenbaren Quotenergebnisse zu veröffentlichen, schlüpft das Bundesamt in die Rolle eines staatlichen Datenwächters. Es beschneidet den fachlichen Diskurs und greift damit nolens volens auch in die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung über Armut in Deutschland ein.

Auf der Strecke bleiben Langzeitvergleiche zur Armutsentwicklung und auch eine Vielzahl bisher üblicher kleinräumiger Auswertungen und soziodemografischer Analysen, die die Regionen anhand einer einheitlichen bundesweiten Armutsschwelle vergleichbar machten. Denn die EU-SILC-Stichprobe ist mit ihren rund 45.000 Personen in 26.000 Haushalten für solche Berechnungen schlicht zu klein.

Es mutet wie ein Schildbürgerstreich an, doch die politische Beimischung ist durchaus relevant. Es geht um die schwierige Frage, ob eine Fachbehörde für Statistik befugt sein soll, eigenständig kommunikationsstrategische Entscheidungen dazu zu treffen, welche Berechnungen einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und welche nicht und ob nur ein oder mehrere Ergebnisse zu einem Thema veröffentlicht werden – insbesondere dann, wenn es sich um derart brisante Daten wie die zur Armutsentwicklung in Deutschland handelt.

Zahlen machen Politik. Wer mit Zahlen agiert, trägt nicht nur fachliche, sondern auch politische Verantwortung. Im Zweifel muss in einer demokratischen Gesellschaft das Gebot maximaler Transparenz gelten. Wer Zahlen zurückhält, muss sich kritischen Anfragen stellen.

**Ulrich Schneider**

Ulrich Schneider ist als Sozialexperte und Kommunikationsberater für die GKS Consult – Gesellschaft für Kommunikation und Soziales tätig. Er war langjähriger Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

**Gefolgt** ▼